



Antrag

der Abgeordneten **Natascha Kohnen, Inge Aures, Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Christian Flisek, Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen SPD**

Die Ressource Boden gehört allen II – Grundstücksvergabe nach dem besten Konzept

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Grundstücke des Freistaates Bayern für Wohnungsbau künftig nicht mehr nach dem höchsten wirtschaftlichen Gebot, sondern nach dem besten Konzept für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums – bevorzugt in Erbpacht – zu vergeben.

Gemeinwohlorientierte Kriterien sollen in die Bewertung von Grundstücken mit einfließen. Die Bayerische Haushaltsordnung (BayHO) soll entsprechend angepasst werden.

Begründung:

Kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften oder andere am Allgemeinwohl orientierte Wohnungsbauunternehmen kalkulieren langfristig und mit erheblich geringeren Renditeerwartungen als viele private Bauträger. Entsprechend sind sie meist nicht in der Lage, bei Vergaben von Grundstücken finanziell mitzuhalten.

Zur Unterstützung des dringend benötigten Baus von preisgedämpften, freifinanzierten Mietwohnungen für Haushalte, deren Einkommen oberhalb der Grenzen der Wohnraumförderprogramme liegen, muss der Freistaat künftig die lange Bindung der zu schaffenden Wohnungen in die Berechnung des Verkehrswerts einfließen lassen. Bei Ausschreibungen soll daher nicht mehr der Zuschlag an den Bewerber mit dem finanziell höchsten Gebot, sondern an den Bewerber mit dem überzeugendsten Konzept für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum gehen.

Gerade Genossenschaften und kommunale Wohnungsgesellschaften sind auch nach dem Auslaufen von Bindungen Garanten dafür, bezahlbaren Wohnraum auf Dauer zu erhalten.